

Der Reichsbürger Leitfaden

Ist Deutschland souverän?
Reichsbürger und ihre Thesen



Jörn Beckmann, Pia Lamberty & Felix W. Seidler

Impressum

Autoren: Jörn Beckmann, Pia Lamberty, Felix William Seidler

Layout: Simon Detmer

Covergrafik: Stella Lazzaro

Herausgeber:

Der goldene Aluhut gUG (haftungsbeschränkt)

Spandauer Damm 113

14059 Berlin

www.dergoldenealuhut.de

Druck: www.wir-machen-druck.de

I. Einleitung:

Bestimmt habt ihr es in der Bahn, der Kantine, Uni oder Schule auch schon einmal mitbekommen – Leute unterhalten sich darüber, dass das Grundgesetz gar keine Verfassung sei und Deutschland sich noch im Krieg befinde. Alle Gesetze seit 1956 ungültig, die deutsche Bundeskanzlerin von Washington kontrolliert oder gar ein Alien. Wer nun hängt solch merkwürdigen Ideen an? Die Antwort wird mit großer Wahrscheinlichkeit lauten: Es handelt sich um Reichsbürger.

Seit dem 19. Oktober 2016 sind die Reichsbürger in aller Munde. An diesem Tag wurde im fränkischen Georgensmünd ein Polizist beim Versuch, Waffen bei einem Reichsbürger zu beschlagnahmen, erschossen, drei weitere wurden verletzt. Aber was sind das für Leute, was und vor allem warum glauben sie? In dieser Broschüre wollen wir euch einen kurzen Einblick liefern, was Reichsbürger sind und der Frage nachgehen, ob Deutschland möglicherweise wirklich nicht souverän ist. Wir wollen uns dabei auf einige exemplarische Vertreter der Szene und ihre Theorien beschränken, für ausführlichere Informationen findet ihr Hinweise auf weitere Quellen am Ende des Heftes.

Reichsbürger werden so genannt, weil sie glauben, dass das Deutsche Reich noch existiert. Während die ersten

Vertreter dieser These noch selbst den Begriff verwendeten, wird er heute von den meisten Anhängern abgelehnt. Grund dafür ist, dass der Begriff „Reichsbürger“ Assoziationen an die Zeit des Nationalsozialismus weckt. Das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 legte fest, dass Reichsbürger sei, wer erstens Staatsbürger des Deutschen Reiches war, zweitens „Deutschen oder artverwandten Blutes“ und drittens „gewillt und geeignet [...], dem Deutschen Reich und Volk in Treue zu dienen“. Nur Reichsbürgern standen nach 1935 die vollen politischen Rechte zu. Durch das SHAEF Gesetz Nr. 1 bzw. das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 1 wurde das Reichsbürgergesetz aufgehoben. Trotzdem verwenden viele Leute, die im Deutschen Reich zu leben glauben, heute lieber als Selbstbezeichnung „Reichsdeutsche“. Verschiedene Autoren, die über das Phänomen schreiben, verwenden auch die Bezeichnungen „Reichsideologen“ oder „Staatsleugner“. In dieser Broschüre bleiben wir jedoch bei dem bekannten Begriff „Reichsbürger“ und verstehen darunter Personen, die an der Legitimation der Bundesrepublik Deutschland zweifeln. Teilweise halten sie sich tatsächlich für Staatsangehörige eines Deutschen Reiches, dabei kann es sich um das Deutsche Reich von 1871, 1919 oder eher selten 1933 handeln. Daneben gibt es auch Menschen, die denken, sie seien Angehörige eines ehemaligen Gliedstaates des Deutschen Reiches, zum Beispiel Preußen, oder die gar ihren eigenen Staat „gegründet“ haben, wie zum Beispiel das Königreich Deutschland.

2. Hintergrund:

Die Geschichte der Reichsbürgerbewegung

Alles begann in Zehlendorf, einem Bezirk im Südwesten von Berlin. Hier fühlte sich 1985 der ehemalige Reichsbahn-Fahrdienstleiter Wolfgang Ebel dazu berufen, als Generalbevollmächtigter des Deutschen Reiches die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten des 2. Deutschen Reiches (Weimarer Republik) in sich zu vereinigen. Dazu war er angeblich von der britischen Besatzungsmacht bestimmt worden. Später berief er sich aber häufig auf die „Hauptsiegermacht“ USA. Im Folgenden ernannte er zahlreiche Mitstreiter zu Mitgliedern der „Kommissarischen Reichsregierung“, wobei er eine interessante – und später gerne aufgegriffene – Methode wählte: Alle seine „Amtshandlungen“ schickte er per Einschreiben mit Rückschein zunächst an den amerikanischen Stadtkommandanten, nach Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen an die US-Botschaft. Kam innerhalb von 21 Tagen kein Widerspruch, so sah er seine Amtshandlung als genehmigt an. Neben der Ernennung und der Entlassung von Ministern, Gerichtspräsidenten oder anderen Staatsbediensteten verschickte Ebel auch fleißig Todesurteile. Ebel ist

Auszug aus dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935:

Reichsbürger war demnach, wer

1. Staatsbürger des Deutschen Reiches war
2. Deutschen oder artverwandten Blutes war
3. Gewillt und geeignet sei, dem Deutschen Reich und Volk in Treue zu dienen.

[1] Die historische Bedeutung von „Reichsbürger“

auch der Erfinder des Reichsbürger-Merchandising. Bei ihm konnte man zahlreiche Dokumente wie Pässe oder Führerscheine des Deutschen Reiches erwerben, aber auch Fortbildungen zum „reichsrechtlichen Rechtsbeistand“ in seiner Eigenschaft als „Präsident des Reichsgerichts“ absolvieren. Wolfgang Ebel ist am 29.12.2014 verstorben, belangt wurde er für seine Handlungen nie, da er laut zweier psychiatrischer Gutachten schuldunfähig war. Als ein Beleg für die Fortexistenz des Deutschen Reiches gab Ebel an, dass er schließlich „Reichsbahnbeamter“ gewesen sei. Tatsächlich war Ebel bei der West-Berliner S-Bahn beschäftigt, die bis 1983 von der DDR-Reichsbahn betrieben wurde. Der Name rührt daher, dass die Reichsbahn durch die Westalliierten auch mit dem Betrieb des S-Bahn Netzes in den Westsektoren beauftragt wurde. Die DDR-Führung hatte Sorge dieses Privileg zu verlieren, falls eine Umbenennung erfolgen sollte.

Bereits zu seinen Lebzeiten gab es zahlreiche Putschversuche in der Kommissarischen Reichsregierung. Nachhaltig etablieren konnte sich Norbert Schittke, der sich 2004 in Hannover als Reichskanzler an die Spitze der „Exilregierung Deutsches Reich“ wählen ließ, unterstützt von Uwe Brandler, dem ehemaligen Pressesprecher der Reichsregierung Ebel.

Die Gründung eines eigenen Staates auf deutschem Boden erfolgte 2009 mit dem Fürstentum Germania in dem brandenburgischen Ort Plattenburg. Vorbild hierfür war die Gründung der Mikronation Sealand in Großbritannien. Ort der Staatsgründung war das „Schloss Krampfer“, in Wirklichkeit ein vorher als Schule genutztes renovierungsbedürftiges Gutshaus, mit „Fürst“ Michael Freiherr von Pallandt als Oberhaupt des „Kirchenstaates“. Das Bauamt machte dem Treiben nach nur drei Monaten ein Ende. Bedeutsam ist das Fürstentum Germania, weil viele der damals beteiligten Akteure auch heute noch im Reichsbürgerumfeld aktiv sind, zum Beispiel Christoph Kastius, der Bekanntheit dadurch erlangte, dass er 2011 mit einer Axt in einem Jobcenter randalierte oder sich 1999 mit einer Schreckschusspistole vor laufender Kamera im Studio von n-tv erschießen wollte. Heute versucht Kastius einen deutschen Ableger der internationalen Anonymous-Bewegung zu etablieren, den Reichstag zu stürmen oder fungiert beim Berliner Pegida-Ableger Bärigida als Kameramann.

Den Gedanken der Staatsgründung wurde von Peter Frühwald, einem erfolglosen ehemaligen CSU- und Gewerkschaftsfunktionär, aufgegriffen. Er erfand die „Selbstverwaltung“ unter Berufung auf die UN-Resolution A/RES/56/83. Demnach sei der Deutsche Boden durch ein „Postliminium“, ein Rechtskonstrukt aus dem römischen Recht über die Wiederherstellung von Rechten eines Kriegsgefangenen, wieder handlungsfähig geworden. In Kursen bei Peter Frühwald wird gelehrt, dass jeder sich unter Berufung auf die genannte UN-Resolution selbst zum Staat erklären kann. Ein Zusammenschluss dieser „Selbstverwalter“ wurde von Frühwald unter dem Namen „Freies Deutschland“ gegründet, schon bald aber gab es eine Abspaltung der „Republik Freies Deutschland“. Bei Frühwald konnte man neben Schulungen auch die üblichen Reichsdevotionalien wie Ausweise oder Führerscheine erwerben sowie sein Grundstück in das Grundbuch des „Freien Deutschland“ eintragen lassen – dort sollte es vor dem Zugriff bundesdeutscher Gerichtsvollzieher geschützt sein.

Die UN-Resolution A/RES/56/83 befasst sich in Wirklichkeit mit der Frage, inwieweit Handlungen einzelner Personen einem Staat zugeschrieben werden können, in dem es keine wirksame Regierung gibt. Der Gegenstand dieser Resolution ist also die völkerrechtliche Verantwortung von Handlungen und nicht die Gründung neuer Staaten. Außerdem ist diese Resolution nie verabschiedet worden, es handelt sich nur um die Empfehlung einer Arbeitsgruppe. Resolutionen der UN-Hauptversammlung sind auch kein bindendes Völkerrecht, diese Rolle kommt nur Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu.

Als letztes Beispiel sei das „Amt für Menschenrechte“ erwähnt. Gegründet wurde es von Mustafa Selim Sürmeli. Nachfolgeorganisationen treten auch unter Namen wie „Gerichtshof der Menschen“ oder „Zentralrat Deutscher Staatsbürger“ auf. Sürmeli ist der einzige Vertreter der Reichsbürgerbewegung, dem es gelungen ist im Rahmen der „normalen“ Gerichtsbarkeit einen Erfolg zu erzielen. Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg erstritt er ein Urteil gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen einer zu langen Verfahrensdauer in einem Schadenersatzprozess. Durch diesen Erfolg fühlte er sich berufen, fortan als „Kommissar für Menschenrechte“ gegen von ihm empfundenes Unrecht vorzugehen. Gerne ruft er dazu Behörden und Gerichte an, zeichnet die Telefongespräche auf und stellt sie ins Internet. Für seine Argumentation beruft er sich vorzugsweise auf die Haager Landkriegsordnung.

Neben den hier exemplarisch aufgezählten Reichsbürgerbewegungen gibt es noch zahlreiche andere. Für einen genaueren Überblick könnt ihr das Buch „Vorwärts in die Vergangenheit“ lesen oder die Webseiten des Sonnenstaatlandes besuchen. Die Internetadressen finden sich hinten in der Broschüre.

Staatsleugner und ihre Erscheinungsformen

Wie ihr seht, können Reichsbürger in den verschiedensten Erscheinungsformen auftreten. Einige sehen sich als legitime Vertreter eines Deutschen Reiches, andere gründen eigene Staaten, sehen sich selbst in der Rolle eines Ein-Mann Staates oder eines Gerichtshofes. Für die einen ist das Deutsche Reich noch im Krieg oder besetzt, für die anderen die Bundesrepublik Deutschland eine ins Handelsregister von Frankfurt am Main eingetragene GmbH. Einig sind sie sich nur darin, dass die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland als nicht legitim angesehen wird. Die Reichsbürger mit eigenen Staaten sehen sich als „exterritorial“ an und damit nicht mehr an die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland gebunden.

Der Verfassungsschutz Brandenburg unterscheidet zwischen revisionistischen Gruppierungen, den unstrukturierten regionalen Reichsbürgermilieus und den „Milieumanagern“ [2].

Eine einheitliche „Reichsbürgerbewegung“ gibt es nicht, daher hatten die verschiedenen Verfassungsschutzämter in der Vergangenheit große Probleme damit, die Bewegung einer Beobachtung zu unterziehen. Auf den ersten Blick handelt es sich um zahlreiche Einzelpersonen, die aber dank sozialer Netzwerke untereinander erstaunlich vernetzt sind. Zwar sind die sozialen Netzwerke nicht an der Entstehung der Reichsbürgeridee beteiligt gewesen, haben aber zu ihrer starken Verbreitung beigetragen.

Die revisionistischen Gruppierungen streben die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Rückgabe ehemals deutscher Gebiete an dieses Reich an. Sie besitzen eine große Nähe zum Rechtsextremismus, wie zum Beispiel die Reichsbürgerbewegung von Horst Mahler. Heute spielt hier die Europäische Aktion eine wesentliche Rolle. Aber auch die Reichsregierungen Ebel und Schittke lassen sich in dieser Gruppe verorten.

Bei den unstrukturierten oder regionalen Reichsbürgermilieus handelt es sich um Gruppierungen von Leuten, die mit dem aktuellen politischen System in Deutschland nicht zurechtkommen. Sie fühlen sich nicht ausreichend vertreten, Vertreter dieser Gruppen sind nicht notwendigerweise rechtsextrem. Beispiele sind das Amt für Menschenrechte, die zahlreichen Selbstverwalter oder der Verein Staatenlos.info, der in Berlin vor dem Reichstag fast täglich seine Mahnwachen abhält. Der Brandenburger Verfassungsschutz zählt auch den Freistaat Preußen hierzu. Bei dieser Gruppierung sind aber deutliche Radikalisierungstendenzen zu erkennen (z. B. versuchte Waffenkäufe), daher rechnen wir den Freistaat Preußen zu den revisionistischen Gruppen.

Zu den Milieumanagern gehören alle die Personen, die mit den Anhängern von Reichsbürgerideologien ihr Geld

Struktur der Reichsbürgerbewegung

Revisionistische Gruppen:

- Wiederherstellung des Deutschen Reiches
- Rückgabe der ehemaligen Ostgebiete
- Nähe zum Rechtsextremismus

unstrukturierte oder regionale Reichsbürgermilieus:

- Fühlen sich vom politischen System nicht ausreichend vertreten
- Nicht notwendigerweise rechtsextrem

Milieumanager:

- Verdienen Geld mit Reichsbürgern
- Wollen Menschen verunsichern
- Bieten Seminare oder Reichsbürgerpapiere an

[2] Struktur der Reichsbürgerbewegung

verdienen. Dies kann durch das Anbieten von kostenpflichtigen Seminaren, den Verkauf von Reichspapieren, aber auch durch den Vertrieb von Geldanlagen erfolgen. Die Milieumanager legen es daher darauf an, ihre Kunden zu verunsichern. So kann durch ein Herbeireden des Zusammenbruchs des Euro der Kaufanreiz für Gold gelegt werden. Ein extremes Beispiel für einen Milieumanager ist Peter Fitzek mit seinem Königreich Deutschland. Das Königreich Deutschland hat mit dem Engel, der Neuen Deutschen Mark und der E-Mark eigene Währungen geschaffen. Über die „Reichsbank“ oder die „Kooperationskasse“ konnten verunsicherte Menschen Geld „krisensicher“ bei Fitzek anlegen. Derzeit steht er in Halle vor Gericht wegen Veruntreuung der mit der Kooperationskasse eingenommenen Gelder. Daneben laufen auch Verfahren wegen unerlaubten Betriebens von Bank- und Versicherungsgeschäften sowie wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis.

Wer wird eigentlich Reichsbürger?

So heterogen wie die Erscheinungsformen der Reichsbürger sind, so vielschichtig ist auch ihre Motivlage. Einendes Element ist die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland als Staat. Bei der Beschäftigung mit der Thematik stellt sich natürlich relativ schnell die Frage nach den psychologischen Hintergründen und Besonderheiten, die Menschen in die Reichsbürgerszene treiben.

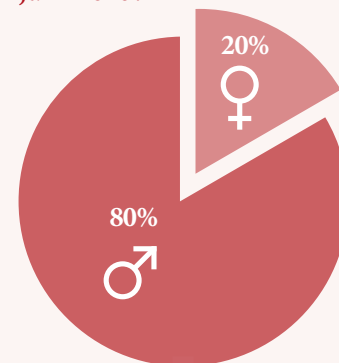
Aktuell gibt es allerdings noch wenig Studien und Daten, die Auskunft über die psychologische Konstitution der Reichsbürger geben. Für eine Erhebung im Land Brandenburg wurde für die poli-

zeibekannten Reichsbürger ermittelt, dass zwei Drittel sich im Altersbereich von 39 bis 60 Jahren bewegten, mit einem Durchschnittsalter bei knapp 50 Jahren. Der Frauenanteil lag bei dieser Gruppe bei etwa 20 % (Reichsbürger – Ein Handbuch, S. 44). Der Anteil der allein stehenden Reichsbürger war hoch, es existieren aber auch ganze Reichsbürgerfamilien [3]. Die erhobene Gruppe von Reichsbürgern war vorher meist nicht strafrechtlich relevant aufgefallen. Bildung war kein entscheidendes Element für das Reichsbürgertum. Zwar stammten viele der Brandenburger Reichsbürger aus einem bildungsfernen Milieu, aber es gibt auch Akademiker unter ihnen. Verbindendes Element ist ein Schicksalsschlag im Leben. Dies konnte ein berufliches oder privates Scheitern sein, aber auch der Verlust eines geliebten Menschen durch Krankheit, Unfall oder Trennung. Für das Scheitern oder den Verlust wurde dann ein Schuldiger gesucht und im Staat gefunden.

Aufgrund der aktuell noch geringen Anzahl an Untersuchungen können nur grobe Annahmen über das psychologische Profil getroffen werden. Ein zentrales Element und wichtiges Gedankenmuster von Reichsbürgern ist der Glaube an Verschwörungstheorien. Vorangegangene Forschung konnte zeigen, dass der Glaube an Verschwörungen durch das Gefühl von Kontrollverlust verstärkt werden kann. Das können externe Ereignisse sein (wie beispielsweise 9/11) oder auch eigene Lebenslagen, in denen man sich gerade befindet. Durch ihre Ideologie, also die Ablehnung des Staates, haben sie das Gefühl, ein Stück Kontrolle über ihr Leben wiederzuerlangen. Der Zusammenhalt mit anderen Mitgliedern der Gruppe bietet bei Rückschlägen Rückhalt und Stärke. Je mehr Menschen die eigene Sichtweise teilen, desto mehr sind sie von der Richtigkeit ihrer Aussagen überzeugt. Die Gruppe kann also die eigene Ideologie noch einmal festigen.

Diese Radikalisierungsprozesse finden sich im Prinzip auch bei anderen extremistischen Gruppen (Bartlett, 2010). Verschwörungstheorien stellen einen Radikalisierungsbeschleuniger bei eigentlich allen extremistischen Gruppen dar. Es wird

Der durchschnittliche Reichsbürger Polizeibekannte Reichsbürger in Brandenburg im Jahr 2015.



Durchschnittsalter:
50 Jahre

Größtenteils
alleinstehend

70% der polizeibekannten Reichsbürger waren zuvor nicht strafrechtlich auffällig

[3] Demographie der Reichsbürger

argumentiert, dass der Staat, die Medien oder das Establishment unter der Kontrolle einer kleinen, mächtigen Gruppe stehen. Mitglieder einer extremistischen Gruppe gehen davon aus, dass mächtige Eliten versuchen, die eigene Gruppe mundtot zu machen und zu zerstören. Jeder Kritiker wird so zum Widersacher und Feind, der für die Gruppe eine existenzielle Bedrohung darstellt. Insofern kann Verschwörungsdenken dazu führen, dass sich die Mitglieder immer mehr nach außen abschotten und immer weniger empfänglich für Argumente werden, die der eigenen Meinung widersprechen, da diese als Teil der Verschwörung gegen sie verstanden werden (Bartlett, 2010).

Inwiefern andere Persönlichkeitsstrukturen und -merkmale diese Prozesse noch begünstigen, kann aktuell noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Für den Glauben an Verschwörungstheorien (zu denen die Reichsideologie gehört) gibt es dagegen inzwischen einige Erkenntnisse. So konnten verschiedene Forscher zeigen, dass (kollektiver) Narzissmus mit Verschwörungsdenken zusammenhängt. Kollektiver Narzissmus geht mit dem Bedürfnis einher, dass die eigene Gruppe ständig durch andere anerkannt und in ihrem Wert bekräftigt werden soll. Andere sollen erkennen, wie großartig und wichtig die eigene Gruppe ist (Golec de Zavala, Peker, Guerra, und Baran, 2016). Ein Zusammenhang mit Verschwörungsdenken lässt sich auch für subklinische Formen von Paranoia zeigen (Brotherthon und Eser, 2015). Paranoia bezeichnet eine Prädisposition, beziehungsweise psychische Erkrankung, bei der Menschen an einer verzerrten Wahrnehmung leiden. Sie glauben, dass ihre Umwelt ihnen gegenüber feindselig gesinnt ist und werden dadurch unsicher, misstrauisch und oft auch aggressiv. Die Forschung zeigt, dass ein niedriges Selbstbewusstsein, Gefühle der Unsicherheit und Narzissmus den Glauben an Verschwörungstheorien verstärken können. Für diese Menschen bieten Verschwörungstheorien eine Möglichkeit, andere für ihre eigenen Probleme verantwortlich zu machen (Cichocka, Marchlewska, und Golec de Zavala, 2016). Inwiefern psychische Erkrankungen eine Rolle beim Reichsbürgerphänomen spielen, kann aber noch nicht genau bestimmt werden, da eine tiefere psychologische Analyse und umfassende Erforschung aussteht (Amadeu Antonio Stiftung, 2014).

Es kann also vermutet werden, dass diese Persönlichkeitsmerkmale Radikalisierungsprozesse ins Reichsbürgerspektrum noch einmal verstärken

können. Diese Radikalisierung geht nicht nur mit Staatsfeindlichkeit und rechtsextremen Gedankengut einher, sondern auch mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft – insbesondere gegenüber staatlichen Stellen. So wurde 2012 in Sachsen beispielsweise ein Gerichtsvollzieher vom sogenannten „Deutschen Polizei Hilfswerk“ bei der Zwangsvollstreckung gefesselt, Ende 2016 ein Polizist niedergeschossen. Medien sprachen in diesem Zusammenhang von einer neuen Qualität der Gewalt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Glaube an Verschwörungstheorien ein zentrales psychologisches Merkmal der Reichsbürger ausmacht. Dieser Glaube kann durch Situationen, in denen Menschen das Gefühl von Kontrollverlust haben, verstärkt werden. Inwiefern ein bestimmtes Persönlichkeitsmuster aber eine Rolle bei der Radikalisierung spielt, muss noch genauer untersucht werden.

Was ist Souveränität?

Kommen wir jetzt zum Kernthema der Reichsbürger: Sie halten die Bundesrepublik Deutschland nicht für einen souveränen Staat. Bevor wir uns mit Argumenten zu dieser Theorie im Detail befassen, müssen wir zunächst die Begriffe Souveränität und Staat definieren.

Mögliche Faktoren für einen Verschwörungsglauben



[4] Mögliche Faktoren

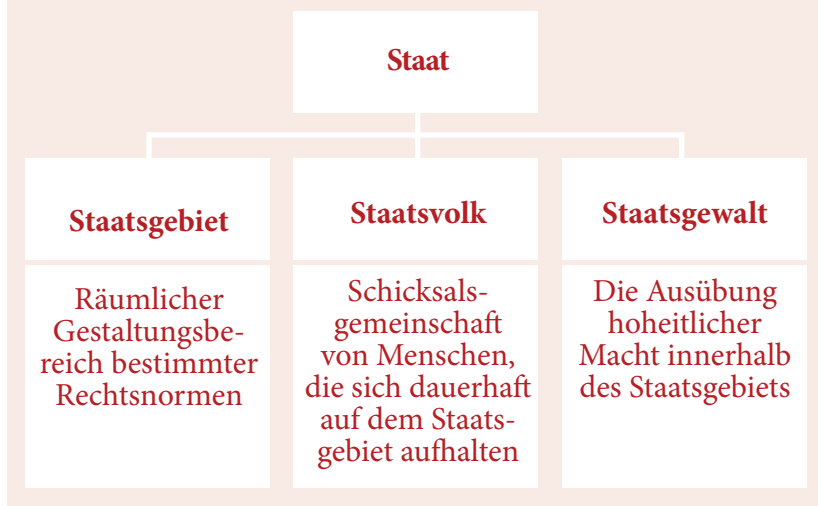
Staaten sind originäre Völkerrechtssubjekte; das bedeutet, sie sind Träger von Rechten und Pflichten im Völkerrecht. Nach Jelinek muss ein Staat über die drei Grundelemente Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt verfügen (Drei-Elemente-Lehre). Staatsgebiet ist ein abgetrennter Teil der Erdoberfläche, der dauerhaft für das Leben des Staatsvolkes geeignet ist. Das Staatsvolk sind die durch die Herrschaftsordnung vereinigten Menschen, die das Staatsgebiet bewohnen. Das Staatsvolk muss nicht notwendigerweise einer Nationalität oder Ethnie angehören, aber es muss eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Der Staat muss weiterhin auf seinem Staatsgebiet über sein Staatsvolk die Staatsmacht ausüben. Jede Person, die sich auf dem Staatsgebiet aufhält, muss der Staatsmacht unterliegen, umgekehrt darf kein Teil des Staatsgebietes der Herrschaft einer anderen Staatsmacht unterliegen. Deswegen kann zum Beispiel das Königreich Deutschland kein Staat sein, da es dort mindestens an der Staatsmacht fehlt (Die „fremde“, Bundesrepublik Deutschland übt auf dem Staatsgebiet, einem ehemaligen Krankenhaus in Wittenberg, die Staatsmacht aus, somit ist die Staatsmacht der KRK nicht die alleinige Herrschaftsgewalt).

In der Konvention von Montevideo wird in Ergänzung zur Lehre von Jelinek noch festgelegt, dass ein Staat in der Lage sein muss, mit anderen Staaten in diplomatischen Kontakt zu treten und dass ein Staat zu seiner Entstehung nicht der Anerkennung durch andere Staaten bedarf. Bei der Konvention von Montevideo handelt es sich um regionales Völkervertragsrecht, dass nur die Vertragsstaaten bindet. Da die Bundesrepublik kein Unterzeichner ist, spielt die Konvention von Montevideo für die Reichsbürgerproblematik keine Rolle, obwohl sie gerne als Argument angeführt wird.

Als aufmerksame Leser werdet ihr jetzt einwerfen, dass die Bundesrepublik Deutschland dann aber auch kein Staat sein kann, weil ja zum Beispiel auch die Europäische Union Staatsmacht auf dem Gebiet der Bundesrepublik

ausübt. Damit sind wir bei der Frage der Souveränität angelangt. Völkerrechtlich wird unterschieden zwischen äußerer Souveränität und innerer Souveränität. Mit der äußeren Souveränität ist die Unabhängigkeit eines Staates gemeint. Ein souveräner Staat ist in der Lage, seine Entscheidungen unabhängig vom Einfluss anderer Staaten zu treffen. Die innere Souveränität dagegen beschreibt, dass der Staat in der Lage ist, seinen inneren Aufbau, die Staatsorganisation selbst zu bestimmen. Die staatliche Souveränität ist aber nicht grenzenlos, sie wird begrenzt durch das Völkerrecht und die tatsächlichen Machtverhältnisse. Die äußere Souveränität ist nicht schon dadurch ausgeschlossen, dass ein Staat im Rahmen seiner Staatsorganisation entscheidet, auch anderen Völkerrechtssubjekten Einfluss auf seinem Staatsgebiet zu gewähren. Im Fall der Bundesrepublik ist dies unter anderem durch die Artikel 23 und 24 des Grundgesetzes geschehen. Art. 23 Abs. 1 Grundgesetz zum Beispiel ermächtigt den Bund dazu, bestimmte Hoheitsrechte an die EU zu übertragen. In Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz wird geregelt, dass der Bund sich einem Militärbündnis anschließen und dabei auch Beschränkungen seiner Hoheitsrechte zustimmen kann, so geschehen im NATO-Truppenstatut.

Die Drei-Elemente-Lehre nach Jelinek



[5] Die Drei-Elemente-Lehre nach Jelinek

Nach diesen allgemeinen Anmerkungen soll nun im nächsten Kapitel eine vertiefte Behandlung der Argumente folgen, warum die Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht der Reichsbürger kein souveräner Staat ist und warum diesen Ansichten nicht zuzustimmen ist.

3. Gängige Thesen der Reichsbürger:

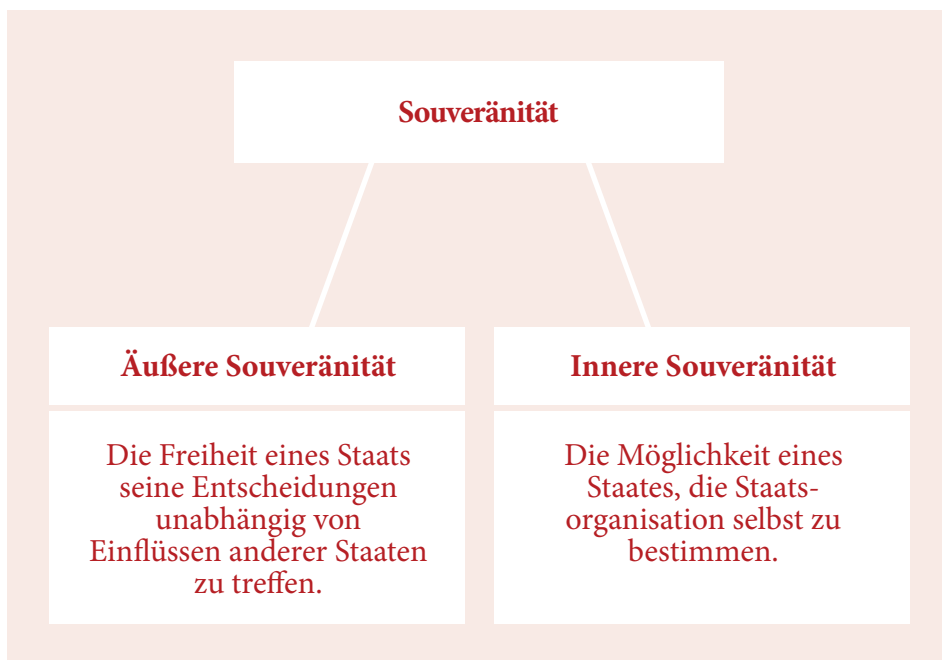
a. Deutschland ist nicht souverän [6]

Wie wir bereits im vorigen Abschnitt gesehen haben gibt es verschiedene Arten der Souveränität. Oft ist gar nicht klar, welche Souveränität mit dieser Aussage gemeint ist. Eine gängige These ist die sog. „Kanzlerakte“. Dabei soll es sich um ein mysteriöses Schriftstück handeln, welches angeblich jeder deutsche Bundeskanzler nach seiner Wahl und vor seiner Ernennung unterschreiben musste. Maßgeblich vertreten wird diese Theorie durch den früheren Leiter des Militärischen Abschirmdienstes Gerd-Helmut Komossa. In der Kanzlerakte soll festgeschrieben sein, dass den Alliierten bis 2099 die Medienhoheit in Deutschland zusteht und nur ihre Version vom Ablauf des Zweiten Weltkrieges verbreitet werden darf. Als Beweis wird auf einen angeblichen Brief des „Staatsministers Dr. Rickermann“ vom Bundesnachrichtendienst an den „Minister“ (welchen?) verwiesen. Darin wird über den Verlust der „Kopie Nr. 4“ der Kanzlerakte berichtet und der Inhalt dieser Kanzlerakte kurz zusammengefasst. Laut Vermerk ist das Schreiben 1992 zu den Akten genommen worden. Allerdings sind der Briefkopf und der angebliche Geheimhaltungsgrad nicht authentisch, auch gab und gibt es beim BND keine Staatsminister, schon gar nicht

mit dem angegebenen Namen. Darüber hinaus kann am 21.5.1949 noch kein Staatsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen worden sein, da diese erst am 23.5.1949 gegründet wurde. Die in dem Schreiben verwendete Wortwahl, zum Beispiel „Westdeutschland“ deutet auf eine Herkunft aus der DDR hin.

Eine aktienkundliche Analyse des Schriftstücks ist hier zu finden: <http://aktenkunde.hypothesen.org/163>

Eine weitere Stütze für die fehlende Souveränität Deutschlands ist die Rede von Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auf dem Europäischen Bankenkongress in Frankfurt am Main (Text der Rede ist hier zu finden: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2011/2011-11-18-european-banking-congress.html). Hier gibt Wolfgang Schäuble an, dass Deutschland zu keinem Zeitpunkt seit dem 8. Mai 1945 mehr souverän gewesen sei. Allerdings fehlt in den zahlreichen Videomitschnitten



[6] Souveränität

der Nachsatz, in dem sich Schäuble auf ein vereintes Europa bezieht. Er spricht hier also von der inneren Souveränität. Wie bereits im letzten Kapitel erörtert wurde, ist es aber ein Element der Souveränität, einzelne Befugnisse an supranationale Gebilde abtreten zu können. Ein Verzicht auf Souveränität setzt zunächst einmal ihre Existenz voraus.

b. Deutschland ist ein besetztes Land! [8]

Deutschland wurde nach Ende des zweiten Weltkriegs in vier Besatzungszonen der Alliierten aufgeteilt. Zuerst wurde das Besatzungsstatut von den drei westlichen Siegermächten am 10.04.1949 in Kraft gesetzt. Dieses galt in den westlichen Besatzungszonen mit Ausnahme der Westsektoren von Berlin. Das Besatzungsstatut regelte weitestgehend die Befugnisse zwischen der zukünftigen Bundesregierung und den Besatzungsmächten. Aufgehoben wurde das Besatzungsstatut mit Inkrafttreten der Pariser Verträge (Beitritt zur NATO, Deutschlandvertrag, Regelung über die Saar) im Jahr 1955. Die Alliierten behielten sich jedoch gewisse Rechte vor, wie zum Beispiel das Recht der alliierten Geheimdienste in der Bundesrepublik operativ tätig sein zu dürfen oder Post- und Fernmeldeüberwachung durchzuführen. Der Deutschlandvertrag wurde durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag abgelöst.

Grob gesagt wurden mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag die Bundesrepublik Deutschland und die DDR wieder vereint (durch den Einigungsvertrag zwischen

Bundesrepublik und DDR) und die daraus entstehende Bundesrepublik Deutschland als souveräner Staat aus den letzten alliierten Vorbehalten entlassen. Die Wiedervereinigung erfolgte bereits zum 3. Oktober 1990, der Zwei-plus-Vier-Vertrag trat aber erst mit der Hinterlegung der letzten Ratifizierungsurkunde am 15. März 1991 in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt ist die Bundesrepublik Deutschland wieder voll souverän.

Als Beleg für die andauernde Besatzung wird auch Art. 120 Abs. 1 GG angeführt der regelt, dass der Bund die Besatzungskosten und Kriegsfolgelasten trägt. Die Besetzung der Bundesrepublik Deutschland wurde jedoch bereits mit dem Deutschlandvertrag beendet. Die Besatzungskosten sind allerdings nicht mit den Kosten für die Stationierung von NATO-Truppen in Deutschland zu verwechseln. Mit dem Beitritt zur NATO im Jahr 1956 begann die Bundesrepublik Deutschland zunächst mit dem Aufbau der Bundeswehr, konnte sich also an der NATO noch nicht aktiv beteiligen. Daher wurde vertraglich vereinbart, dass die Bundesrepublik sich an den Kosten für die Stationierung

Angebliche Beweise für die fehlende Souveränität

Kanzlerakte

Imaginäres Schriftstück.

Hier zu finden:

aktenkunde.hypotheses.org/163

Schäuble-Rede

Falschgedeutete Rede des Finanzministers.

Hier zu finden:

www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2011/2011-11-18-european-banking-congress.html

von NATO-Truppen auf deutschem Gebiet finanziell beteiligen wird (Beiträge zu den Kosten der Stationierung alliierter Truppen in der Bundesrepublik bzw. Maßnahmen der gegenseitigen Hilfe laut NATO-Vertrag). Da es sich bei den NATO-Truppen jedoch auch um Truppen der ehemaligen Besatzungsmächte handelte, kann es hier zu Verwechslungen kommen.

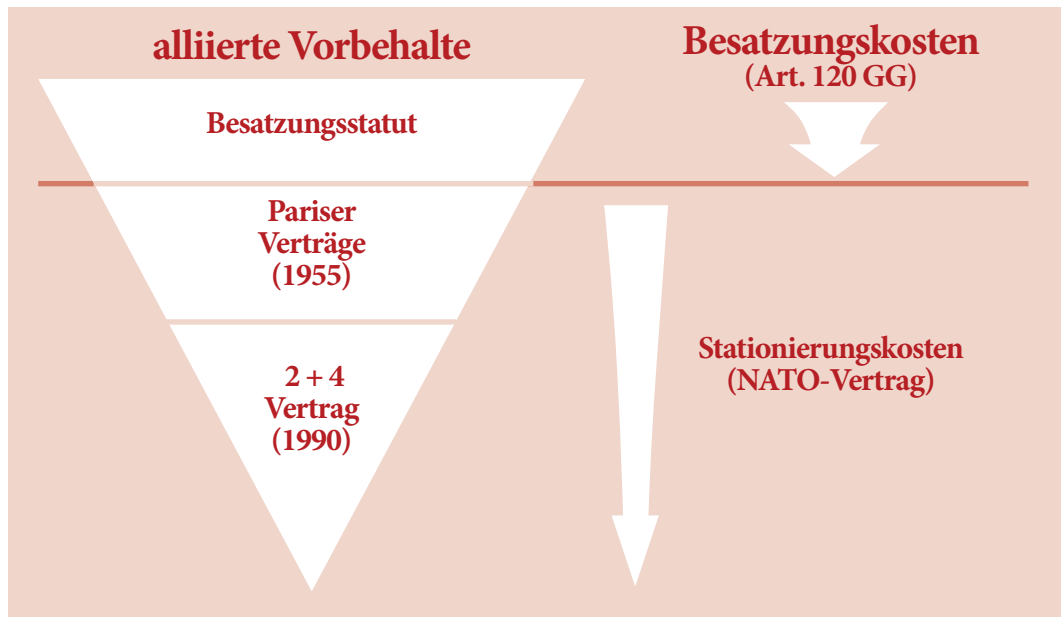
Nach dem 5. Mai 1955 sind keine Besatzungskosten mehr im Bundeshaushalt angefallen.

c. Deutschland befindet sich noch im Krieg! [9]

Hauptargument für diese gewagte Aussage ist, dass es keinen Friedensvertrag für die Beendigung des Zweiten Weltkriegs gibt. Richtig ist: Es gibt kein als Friedensvertrag bezeichnetes Werk für das Ende des Zweiten Weltkrieges. Allerdings ist ein formaler Friedensvertrag auch nicht notwendig. Ein Krieg kann auch durch einseitige Erklärungen

oder schlicht durch die Wiederaufnahme von friedlichem Verhalten beendet werden.

Weiterhin gibt es neben den formellen Friedensverträgen auch materielle Friedensverträge. Dabei handelt es sich um Vertragswerke, die Fragen regeln, die typischerweise in einem Friedensvertrag zu finden sind, ohne selbst als Friedensvertrag bezeichnet zu werden. Bis auf die Reparationsleistungen wurden alle typischen Elemente eines Friedensvertrages im Zwei-plus-Vier-Vertrag behandelt. Diese Frage wurde jedoch bereits im Pariser Reparationsabkommen von 1946 geregelt und später in dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 modifiziert, an dem die damaligen Ostblockstaaten jedoch nicht beteiligt waren. Mit diesen erfolgten in den Neunziger Jahren bilaterale Abkommen. Die letzte Zahlung von Schulden gegenüber den Alliierten aus beiden Weltkriegen erfolgte am 3. Oktober 2010.



d. Das Deutsche Reich von 962/1871/1933 - 1945 existiert noch! [10]

Am häufigsten hört man, dass das Dritte Reich politisch gesehen nie kapituliert habe. So gesehen ist das richtig, allerdings muss man dazu sagen, dass es im Mai 1945 praktisch keine funktionierende Regierung mehr gab, mit der man hätte verhandeln können, außer den Oberbefehlshabern der Wehrmacht, die zu dem Zeitpunkt, als Hitler Selbstmord begangen hatte, die einzig verbliebenen „intakten“ Machtstrukturen waren.

Andererseits ist es völkerrechtlich gar nicht notwendig einen Staat formell aufzulösen. Bestes Beispiel ist die Weimarer Republik. Diese

[8] Deutschland ist ein besetztes Land

ist per Proklamation ausgerufen worden, nachdem der Kaiser lediglich abgedankt hatte. Eine formelle Staatsauflösung hat es aber nie gegeben.

Wie bereits im letzten Kapitel erläutert wurde, bedarf ein Staat für seine Entstehung keinerlei formaler Anforderungen. So etwas wie die von Reichsbürgern geforderte „Staatsgründungsurkunde“ gibt es für die wenigsten heute existierenden Staaten (eine Ausnahme wäre beispielsweise die Unabhängigkeitserklärung der USA). Bei demokratisch verfassten Staaten erfüllt die Urkunde über die Verabschiedung einer Verfassung oft die Funktion

einer Staatsgründungsurkunde, so zum Beispiel bei der Fünften Französischen Republik. Die Ausfertigung des Grundgesetzes, nach Ratifizierung durch die Bundesländer, in denen es gelten sollte, und Genehmigung durch die alliierten Militärgouverneure, durch den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Parlamentarischen Rates am 23. Mai 1949 kann daher als Gründungsurkunde der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden.

Ein Staat bedarf zu seiner Entstehung der drei Elemente Staatsvolk, Staatsgebiet und der auf diesem ausgeübten Staatsmacht. Ein Wegfall



eines dieser Elemente bringt einen Staat somit um seine Existenz. Der oft vertretene Ansatz, das Deutsche Reich würde fortbestehen, sei aber handlungsunfähig, ist somit nicht mit der Drei-Elemente-Lehre verträglich. Ein handlungsunfähiger Staat kann keine Staatsmacht auf seinem Staatsgebiet ausüben, ohne dieses Element existiert der Staat schlicht nicht.

Allerdings war das Deutsche Reich nie ohne Staatsmacht. Nach Kapitulation der Deutschen Wehrmacht erfolgte die Übernahme der Staatsgewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte in Form der Berliner Erklärung. Gemäß der Debellationstheorie würde die Unterwerfung unter eine fremde Herrschaft zu einer Auflösung des Staates durch Wegfall der Staatsgewalt führen, zum Beispiel in Form einer Annexion. Im Gegensatz zur Annexion führt die Besetzung aber nicht dazu, dass ein Staat seine Existenz verliert. Mit dem Potsdamer Abkommen wurde die Verwaltungshoheit der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen übertragen, die deutsche Staatsmacht über diese Gebiete war somit erloschen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie erfolgte abschließend durch die Deutsch-Polnischen-Grenzverträge, so dass der Gebietsübergang in Form einer Zession erfolgt ist.

Mit Gründung der zwei deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland und DDR stellte sich erneut die Frage der Kontinuität. Gemäß der Dismembrationstheorie ist Deutschland dadurch in zwei Staaten zerfallen, die beide nicht mit dem Deutschen Reich identisch waren. Uneinig sind sich die Vertreter dieser Theorie aber über den Zeitpunkt dieses Zerfalls. Neben dem Zeitpunkt der Staatsgründungen (1949) sind auch die Entlassung der deutschen Teilstaaten in die Souveränität (1954) oder die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten durch den Grundlagenvertrag (1973) im Gespräch.

Die Fortbestandstheorie dagegen vertritt die Ansicht, dass mit der Besetzung des Deutschen Reiches die Staatsmacht nicht verloren ging, sondern auf das supranationale Organ „Alliiertes Kontrollrat“ übertragen wurde. Auch hier gibt es verschiedene Ansichten über die Ausgestaltung. Nach der Dachtheorie bildet das Deutsche Reich das Dach der Teilordnungen DDR und Bundesrepublik Deutschland. Gemäß der Staatskerntheorie bestand das Deutsche Reich in Form der Bundesrepublik Deutschland mit den Grenzen des Staatsgebietes von 1937 fort, nur sei der Geltungsbereich des Grundgesetzes auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Die Kernstaatstheorie ging hier noch weiter und nahm an, dass das Gebiet des Deutschen Reiches auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geschrumpft sei. Nach der Teilidentitätstheorie waren DDR und Bundesrepublik Deutschland beide identisch mit dem Deutschen Reich, aber jeweils nur für ihr eigenes Gebiet.

In der DDR wurde zunächst das Fortbestehen des Deutschen Reiches angenommen, dann auf die Teilidentitäts- und schließlich zur Debellationstheorie gewechselt. In der Bundesrepublik wurde mit der Hallstein-Doktrin die Identität der Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich vertreten und ein Alleinvertretungsanspruch für Deutschland als Ganzes gesehen. Mit der Annäherung beider deutscher Staaten erfolgte ein Umschwenken hin zur Teilidentitätstheorie, die auch das Bundesverfassungsgericht 1973 in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag (BVerfGE 36, 1, 15 ff) vertrat (nicht unter dem Vorsitz von Jutta Limbach wie von Reichsbürgern oft fälschlich behauptet). In diesem Urteil wird ausgeführt, dass die Bundesrepublik Deutschland mit dem Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich identisch ist, jedoch nur teilidentisch, was die räumliche Ausdehnung anbelangt. Von Reichsbürgern wird aus dem Urteil oft nur zitiert, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht

Existiert das Deutsche Reich noch?

- Kapitulation „nur“ durch Wehrmacht
- Völkerrecht kennt keine formelle Staatsauflösung
- Verkündung des Grundgesetzes erfüllt Funktion einer „Gründungsurkunde“ der Bundesrepublik
- Kein Wegfall der Staatsmacht durch alliierte Besetzung
- IGH-Urteil im Verfahren Deutschland vs. Italien

[10] Deutsches Reich existiert noch

Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sei. Dies ist korrekt. Wenn Herr Müller durch Heirat oder Adoption seinen Namen ändert und plötzlich Meier heißt, dann ist Herr Meier nicht Rechtsnachfolger von Herrn Müller, sondern mit diesem identisch. Bekräftigt wurde die Auffassung noch einmal mit dem Teso-Beschluss von 1987 (BVerfGE 77, 137, 150 ff).

Mit der Wiedervereinigung hat sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Thema jedoch überholt. Für die völkerrechtliche Stellung Deutschlands spielt die Binnenmeinung eines Verfassungsgerichts ohnehin keine Rolle. Allerdings hat sich der Internationale Gerichtshof (ICJ) in Den Haag auch schon mit dem Thema beschäftigt (Jurisdictional Immunities of the State (Germany vs. Italy: Greece intervening), Judgment, I.C.J. Reports 2012, p. 99). In einem Verfahren im Jahr 2012 ging es um einen Streit zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland. Italienische Gerichte hatten Klagen auf Schadenersatz wegen Völkerrechtsverletzungen des Deutschen Reiches stattgegeben. Zu den Prinzipien des Völkerrechts gehört jedoch die Staatsimmunität. Drittstaaten steht es nicht zu, über die hoheitlichen Akte von anderen Staaten Gericht zu halten. Der Internationale Gerichtshof stellte daher fest, dass Italien gegen diesen Grundsatz verstoßen hat. Dies geht jedoch nur, wenn die Bundesrepublik Deutschland auch völkerrechtlich als Staat anzuerkennen ist. Von Reichsbürgern wird das Urteil dagegen so interpretiert, dass die Bundesrepublik nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sei und deswegen keinen Schadenersatz leisten müsse. Eine ganz gewagte Theorie geht sogar davon aus, dass das Gericht festgestellt habe, dass die Bundesrepublik nur eine Staatssimulation sei und deswegen nicht verklagt werden könne. Vertreter dieser Theorie behaupten aber auch, dass das Urteil vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag gesprochen wurde oder gar der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

e. Das Grundgesetz ist keine Verfassung! [12]

Reichsbürger behaupten gerne, dass das Grundgesetz keine Verfassung sondern nur ein Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in besetzten Gebieten sei. Dies sei in Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung so festgelegt. In besagtem Artikel taucht das Wort „Grundgesetz“ aber nicht auf. Eine zweite Theorie beruft sich auf das Koloniallexikon von 1920, wonach das Grundgesetz die Verwaltung und Rechtspflege in den Kolonien regeln würde. Allerdings handelt

es sich bei dem zitierten Eintrag im Koloniallexikon um das Schutzgebietsgesetz, welches als Grundgesetz der Kolonien bezeichnet wird. Eine dritte Begründung stützt sich auf eine Rede von Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948. In dieser Rede bekräftigt er seine Auffassung, dass es nicht die Aufgabe des Parlamentarischen Rates sei, eine Verfassung zu schaffen oder gar einen Staat zu erreichen. Bei dieser Rede handelt es sich jedoch nur um die persönliche Meinung von Schmid und nicht um die Ansicht des gesamten Parlamentarischen Rates. Trotzdem war das Grundgesetz zunächst nur als Provisorium bis zur Wiedervereinigung Deutschlands gedacht; dies zeigt vor allem Art. 146 GG (alte Fassung) sowie die Formulierung in der Präambel, dass das Grundgesetz „zunächst in den Ländern ... gilt“. Dieser vorübergehende Charakter spricht jedoch nicht dagegen, dem Grundgesetz die Rolle einer Verfassung zuzugestehen. Völkerrechtlich ist eine Verfassung die Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtssätze über den Aufbau eines Staates, seine Organe und die Rechte der Bürger gegenüber diesem Staat. All diese Anforderungen erfüllt das Grundgesetz, es handelt sich somit um eine Verfassung im materiellen Sinne, wenn auch nicht im formellen Sinn. Allerdings gibt es auch Staaten, die gänzlich ohne geschriebene Verfassung auskommen, das Vereinigte Königreich zum Beispiel.

Nach der Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts mit dem sog. „Lüth-Urteil“ (BVerfGE 7, 198, 208) vom 15. Januar 1958 ist klargestellt worden, dass die Werteausrichtungen der deutschen Verfassung im Grundgesetz zu finden sind (Rn. 49).

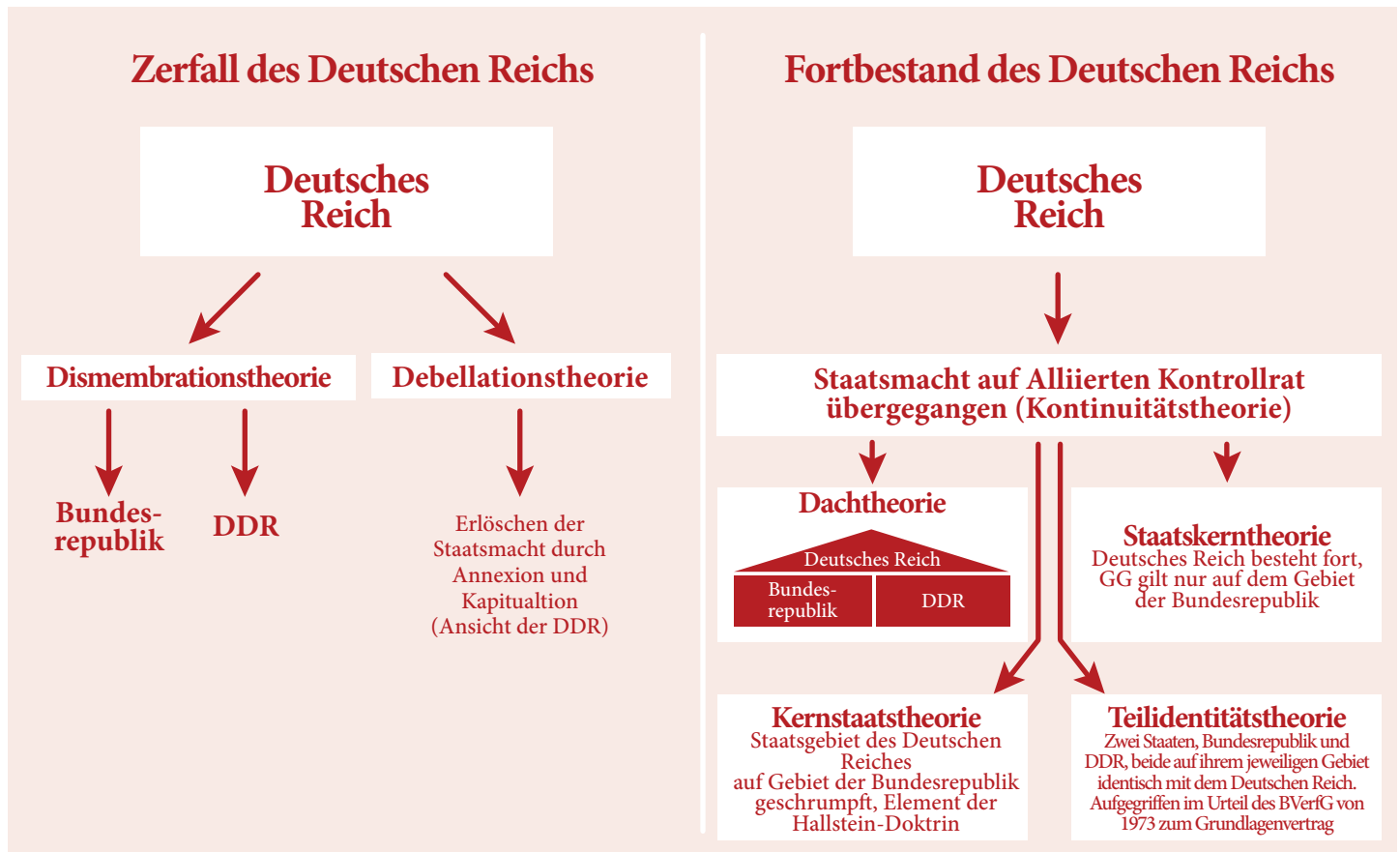
Der Sinn des Art. 146 GG liegt also nicht darin, auf den provisorischen Charakter des Grundgesetzes hinzuweisen, sondern er soll einen Weg ebnen, die Werteordnung des Grundgesetzes in eine neue Verfassung zu übertragen. Insbesondere die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 GG soll auch für die nach Art. 146 GG neu zu schaffende Verfassung gelten. Die Menschenwürde sowie der Aufbau eines deutschen Staates als demokratischer und sozialer Bundesstaat sind somit auch in einer neuen Verfassung nicht disponibel. Der Art. 146 GG stellt auch keine Verpflichtung zur Durchführung einer Volksabstimmung über das Grundgesetz oder eine andere Verfassung dar, da der Weg zur Schaffung einer neuen Verfassung dort nicht geregelt ist.

f. Deutschland ist eine Firma! [14]

Als häufiger Beweis wird der UPIK-Datensatz angegeben, in dem die Bundesrepublik Deutschland einen Geschäftsführer hat. UPIK steht für „Unique Partner Identification Key“. Es handelt sich um ein Unternehmensverzeichnis, welches vom Verband der Automobilindustrie (VDA) und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) aufgebaut wurde, um Vertragspartner eindeutig identifizieren zu können. Verwendet werden dabei D-U-N-S Nummern (Data Universal Numbering System).

In den Regelungen zur Vergabe von D-U-N-S Nummern ist festgelegt, dass auch Regierungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) eine D-U-N-S Nummer erhalten.

Alternativ wird auf die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer von Gerichten und Behörden verwiesen, die Reichsbürger als Beleg dafür ansehen, dass die Einrichtungen nicht hoheitlich handeln, sondern



[11] Kontinuitätstheorien

„Geschäfte“ machen würden. Dies ist richtig. Gerichte und Behörden nehmen am Geschäftsleben teil, zum Beispiel wenn sie Büromaterial kaufen. Dabei handelt es sich natürlich nicht um hoheitliche Aufgaben. Erfolgt ein Kauf im europäischen Ausland, so führt die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer zur Befreiung der Lieferung von der Umsatzsteuer im Herkunftsland. Die Steuerpflicht entsteht stattdessen im Sitzland des Empfängers. Das Vorhandensein einer solchen Nummer sagt also überhaupt nichts über die Rechtsform oder die unternehmerische Tätigkeit aus.

Zusätzlich gibt es in Frankfurt am Main eine Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, die dem ausschließlichen Zweck dient, deutsche Staatsanleihen am Markt zu platzieren. Sie erfüllt die Aufgaben der früheren Bundes-schuldenverwaltung. Sinn der Umwandlung war eine leichtere Platzierung der Bundeswertpapiere am internationalen Markt.

Diese GmbH steht im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland als Gesellschafter, vertreten durch das Finanz-

ministerium, und ist damit ein ganz normaler Marktteilnehmer. Selbstverständlich wird durch die Firmierung eines Unternehmens nicht gleich der Unternehmensinhaber zu einer GmbH oder sonst etwas, wie wir in folgendem Beispiel leicht nachvollziehen können:

Beispiel:

Herr Müller gründet die Müller GmbH, um seine Stühle zu verkaufen. Herr Müller ist eine natürliche Person, die die juristische Person Müller GmbH gründet und als Geschäftsinhaber vorsteht.

Wird Herr Müller dadurch automatisch die juristische Person? - Nein!

Begriffserklärung „Verfassung“

Verfassung ist die Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtssätze über den Aufbau eines Staates, seine Organe und die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat.

[13] Begriffserklärung „Verfassung“

Gerne wird auch behauptet, dass Deutschland eine NGO sei. Als Beweis dafür wird zum einen eine Rede von Sigmar Gabriel auf dem Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen am 27. Februar 2010 angeführt. In dieser Rede bezeichnet Gabriel die Bundeskanzlerin satirisch als „Geschäftsführerin einer Nichtregierungsorganisation“ und kritisiert damit ihr Aussitzen der Euro-Krise. Leider sind Reichsbürger, wie auch andere Fundamentalisten, oft nicht in der Lage Satire zu erkennen. Daher beziehen sie sich auch stellenweise auf Artikel des Postillions oder sogar der Titanic. Ein zweiter Beleg ist, dass es in einem Verzeichnis der Vereinten Nationen einen Eintrag für „BUND“ mit Adresse in Bonn gibt. Dieser Eintrag bezeichnet BUND als Nichtregierungsorganisation. Allerdings handelt es sich hier nicht um die Bundesrepublik Deutschland (im Grundgesetz als Bund bezeichnet) sondern um den Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.

Abschließend sei noch angemerkt, dass es sich nach § 17 Abs. 1 HGB bei einer Firma um den Namen handelt, unter dem ein Kaufmann seine Geschäfte führt und seine Unterschrift abgibt. Diese Bezeichnung ist schon für Unternehmen nicht richtig, für einen Staat ist sie daher erst recht falsch.

Angebliche Beweise warum das GG keine Verfassung ist

Laut Haager Landkriegsordnung GG = Regelungen der Ordnung im besetzten Gebiet

Laut Koloniallexikon GG = Regelungen von Verwaltung und Rechtspflege in Kolonie

Rede von Calo Schmid im Parlamentarischen Rat

Artikel 146 GG

[12] Grundgesetz als Verfassung

g. Wir sind wegen des Personalausweises Personal der Deutschland GmbH! [16]

Auch das habt ihr bereits mitbekommen. Angeblich bist Du automatisch Personal der BRD GmbH, weil das Wort „Personal“ im Wort „Personalausweis“ zu finden ist. Es wurde bereits im vorangegangenen Artikel festgestellt, dass Deutschland definitiv keine GmbH ist. Die Aussage zum Personal ist daher selbstverständlich nicht korrekt. Wie ein Staat seinen Ausweis zur Identitätsfeststellung einer Person nennt, ist noch immer dem Staat überlassen, ob es nun Identitätskarte, Personenausweis oder Personalausweis heißt spielt dabei keine Rolle. Auch die Farbe des Reisepasses sagt nichts darüber aus, ob ein Staat souverän oder besetzt ist.

Auch weitere Aussagen, wie, dass die Großbuchstaben auf dem Ausweis uns alle zu Sklaven macht, weil man im alten Rom die Namen der

Sklaven groß geschrieben habe, sind Unfug. Insbesondere deswegen, weil es im alten Rom ausschließlich Großbuchstaben (Majuskeln) gab. Die Kleinschreibung in der lateinischen Sprache zog erst mit der karolingischen Minuskel zur Zeit Karls des Großen ein.

In dieser Broschüre können wir nur einen kleinen Überblick über die verschiedenen Reichsbürgerthesen und Beispiele ihrer Widerlegung geben. Wer sich ausführlich mit dem Thema befassen möchte, sei auf das Buch „Vorwärts in die Vergangenheit“ von Gerhard Schumacher verwiesen. Dort werden alle wichtigen Reichsbürgerargumente abgehandelt und mit umfangreichen Quellenverweisen widerlegt. Auf die Angabe von Quellen wurde in dieser Broschüre weitgehend verzichtet, um den Lesefluss nicht zu hemmen. Bei dieser Broschüre handelt sich nicht um ein wissenschaftliches Werk.

4. Der Umgang mit Reichsbürgern

Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten und hängt auch vom Radikalisierungsgrad ab. Was sich aber sagen lässt: Der Glaube an Verschwörungstheorien ist eben dadurch gekennzeichnet, dass eine Widerlegung schwierig bis unmöglich wird. Fakten, die den Verschwörungsglauben widerlegen würden, werden als von „den Mächtigen“ fingiert wahrgenommen und Menschen, die gegen die Verschwörung argumentieren oft als naive „Schlafschafe“ abgestempelt. Allerdings unterscheiden sich Menschen aus diesem Spektrum im Grad der Ideologisierung. Manche folgen beispielsweise noch Gedankenkonstrukten, die prinzipiell widerlegbar sind.

Allerdings ist auch dies nicht so einfach. Es gibt eine zunehmende Zahl an Trittbrettfahrern, die die Reichsbürgertheorien selbst gar nicht glauben, aber die Argumente nutzen, um an vermeintliche Erfolge der Reichsbürger anknüpfen zu können. Bei diesen kann mit einer argumentativen Widerlegung eine Wirkung erzielt werden.

Am lohnenswertesten ist die argumentative Auseinandersetzung mit „Neueinsteigern“ oder Sympathisanten. Diese Personenkreise sind noch nicht



gefestigt in ihren Annahmen. Je länger ein Mensch in Reichsbürgerkreisen verkehrt, umso schwieriger ist er für Argumente zu erreichen. Er oder sie müsste schließlich zugeben, viel Lebenszeit für einen Irrtum geopfert zu haben (eine vertiefte Behandlung des Themas in Festinger, Riecken, Schachter 1956).

Reichsbürgergruppen können sektenähnliche Effekte haben. Aus der Reichsbürgertheorie wird der Reichsbürgerglaube. Ein Glaube ist dadurch gekennzeichnet, dass er nicht mit Fakten zu bestätigen oder widerlegen ist, es wird nicht mehr in den Dimensionen „wahr“ oder „falsch“ sondern „gut“ und „böse“ gedacht. Informationen werden nicht mehr nach ihrem Wahrheitswert sortiert, sondern nur aus Perspektive der eigenen Ideologie verarbeitet und Inkonsistenzen wegerklärt.

Begriffserklärung „Firma“

Die Firma eines Kaufmanns ist der Name, unter dem er seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt (§ 17 Abs. 1 HGB)

[15] Grundgesetz als Verfassung

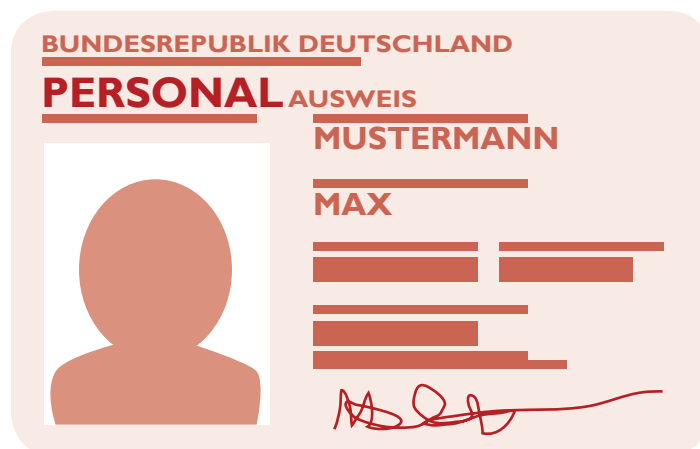
Ein weiterer Mechanismus, der die argumentative Überzeugung von Reichsbürgern beeinträchtigt ist der Bestätigungsfehler. Menschen neigen generell eher dazu, Informationen, die eine Hypothese stützen, als wichtiger zu werten und zu erinnern. Diese kognitive Verzerrung tritt bei Menschen, die an Verschwörungen glauben, oft noch verstärkter auf. Das geht so weit, dass sogar Informationsquellen für unpassende Informationen gemieden werden. Unterstützt wird dies noch durch die Filtereigenschaften sozialer Medien. Facebook bietet einem zum Beispiel bevorzugt Seiten an, die die eigene Meinung unterstützen, um die Verweildauer in dem sozialen Netzwerk zu erhöhen.

Wie bei allen Radikalisierungsprozessen bleibt anzumerken, dass Argumente vielleicht nicht sofort fruchten und zu einer Einstellungsänderung führen. Ideologische Gebäude sind insgesamt relativ stabil. Dennoch kann die wiederholte Auseinandersetzung zu einer Änderung von Einstellungen führen. Dies bedeutet allerdings viel Geduld und Frustrationstoleranz.

Wer es dennoch versuchen will, Reichsbürger im Familien- oder Freundeskreis von ihrem Irrglauben zu überzeugen, dem sei das Buch „Starrköpfe überzeugen“ von Sebastian Herrmann ans Herz gelegt. Eine wichtige Erkenntnis des Buches ist, dass ein Überzeugen mit Argumenten allein nicht möglich ist. Ein Argument muss nicht nur richtig sein, es muss sich auch richtig anfühlen – daher der Tipp des Autors, seine Argumente in Geschichten zu kleiden. Die Korrektheit kann ruhig ein Stück weit dem guten Gefühl geopfert werden. Allerdings ist dabei zu beachten, dass man sich selbst nicht durch eine zu ausschweifende Phantasie angreifbar macht. Eine letzte Warnung: Anhänger von Verschwörungstheorien neigen nicht nur zu einer einzigen Theorie. Man läuft daher Gefahr, dass eine erfolgreich wegdiskutierte und widerlegte Reichsbürgerthese durch eine andere ersetzt wird.

Umgang im beruflichen Umfeld

Reichsbürger nutzen provokative Grenzüberschreitungen zur Durchsetzung ihrer Bedürfnisse und Ziele, da sie auf Konfrontation und nicht auf Kooperation aus sind. Gerade die Beschäftigung mit Querulanten bindet viel Zeit und Ressourcen. Teilweise zielen Reichsbürger genau darauf ab, sie wollen die Arbeit der Behörden behindern. Dabei schrecken sie auch nicht vor Drohungen zurück. Diese Drohungen können von Beschwerden über Klageandrohungen bis zu abstrusen



[16] Personalausweis

Schadenersatzforderungen oder der Ankündigung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen gehen.

Für Behörden gibt es inzwischen in fast allen Bundesländern Leitfäden für den Umgang mit Reichsbürgern. Diese gleichen sich in den wesentlichen Empfehlungen: Auf die Argumente von Reichsbürgern sollte nicht eingegangen werden. Bei einem ersten Schreiben können diese kurz entkräftet werden, dabei ist zu beachten, dass der Reichsbürger deutlich darauf hingewiesen wird, dass zukünftige Einlassungen in diese Richtung ohne weitere Antwort zu den Akten genommen werden. Auf weitere Schreiben kann noch einmal mit einem Einzeiler der Art „Ihre Rechtsauffassung ist abwegig und wird von mir nicht geteilt“ geantwortet werden, weitere Schreiben werden nicht mehr beantwortet. Inzwischen setzt sich zunehmend die Auffassung durch, dass wiederholte Schreiben mit Reichsbürgerargumenten rechtsmissbräuchlich und kein beachtenswertes Vorbringen sind. Sie brauchen daher auch nicht auf eventuell sinnvolle Anträge geprüft werden.

In der Anfangszeit sind Reichsbürger oft mit ihrer Vorgehensweise zu Erfolgen gekommen. Gerade in Bußgeldverfahren haben Sachbearbeiter wegen des Opportunitätsprinzips oft auf eine weitere Verfolgung verzichtet. Der Aufwand erschien für kleine Bußgelder nicht gerechtfertigt. Dies hat jedoch zu zahlreichen Nachahmern geführt. Inzwischen nutzen Trittbrettfahrer die Argumente der Reichsbürger in der Hoffnung auf eine Verfahrenseinstellung. Um keine weiteren Nachahmer zu ermuntern, sollten alle Rechtsverstöße konsequent geahndet werden. Bedrohungen oder versuchte Nötigungen sind zur Anzeige zu bringen. Das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz sollte über Vorfälle informiert werden, um ein umfassendes Lagebild zum Thema Reichsbürger erstellen zu können.

Reichsbürger sollten auf keinen Fall das Gefühl einer besonderen Behandlung haben. Eine Betreuung durch den Behördenleiter direkt würde nur zu einer Zufuhr narzisstischer Befriedigung führen.

Alle Kontakte sollten durch den normalerweise zuständigen Sachbearbeiter erfolgen. Dieser kann und sollte sich jedoch Unterstützung bei der Behördenleitung holen. Bei telefonisch tätigen Reichsbürgern ist immer zu bedenken, dass das Gespräch vielfach vom Reichsbürger

aufgezeichnet und hinterher im Internet veröffentlicht werden kann. Daher sollte bei einem entsprechenden Verdacht gleich am Anfang des Gespräches darauf hingewiesen werden, dass man mit einer Aufzeichnung nicht einverstanden ist. Falls entsprechende Aufnahmen im Netz auftauchen, so sollte Strafantrag gestellt und bei dem entsprechenden sozialen Netzwerk die Löschung beantragt werden. Telefonterror durch Reichsbürger kann in einem Team mit einem einfachen Trick begegnet werden. Wenn alle Mitglieder des Teams einverstanden sind, so könnt ihr den Reichsbürger ständig zwischen euch hin und her verbinden. Wenn der Reichsbürger ein bestimmtes Thema anspricht, so sagt ihr: „Ja, da kennt sich Kollege X mit aus, ich verbinde Sie mal“. Kollege X leitet dann nach kurzer Zeit an Frau Y weiter etc. Der Reichsbürger wird so aus dem Konzept gebracht und muss immer wieder von vorne beginnen, während ein bloßes Auflegen als Sieg interpretiert würde – oder es würden wahllos alle anderen verfügbaren Durchwahlen angerufen.

Immer wieder wird versucht, Behördenbedienstete finanziell in Schwierigkeiten zu bringen. Werner Peters hat ein Verfahren mit Hilfe des maschinellen Mahnverfahrens entwickelt, für das er gerade vor Gericht steht. Beilängerer Abwesenheit sollten Behördenmitarbeiter mit Reichsbürgerkontakt daher sicherstellen, dass kein Mahnbescheid unbeachtet liegen bleibt. Die Frist für ein Bestreiten der Forderung ist mit 14 Tagen relativ kurz. Noch perfider ist die sogenannte Malta-Masche. Hier tragen Reichsbürger erfundene Forderungen in ein Schuldenregister in den USA ein (UCC-1 financing statement). Dabei handelt es sich um ein vollautomatisches Verfahren ohne Prüfung der Ansprüche. Jeder Bundesstaat unterhält ein solches Register, allerdings wird oft das Register von Washington State genutzt (Reichsbürger denken vermutlich, dass es sich um die Hauptstadt Washington, DC handele). Im nächsten Schritt werden diese angeblichen Forderungen an die Pegasus Ltd auf Malta abgetreten, ein eigens zu diesem Zweck von der Reichsbürgerin Birgit F. aus Zwickau gegründetes Unternehmen. Diese erhebt dann Klage vor einem Gericht in Malta. Das Besondere am Verfahren in Malta ist, dass der Schuldner dem Anspruch persönlich innerhalb einer kurzen Frist entgegen treten muss. Falls dies nicht geschieht, so erlässt das Gericht in Malta einen Vollstreckungsbescheid ohne weitere Prüfung. Dieser Bescheid wird dann als Vollstreckungsersuchen nach Deutschland gesendet.

Bisher kam es noch zu keinen Vollstreckungen, da die deutsche Justiz den Gerichtsstand in Malta für nicht gegeben hält. Inzwischen haben alle Bundesländer Verhaltensanweisungen für ihre Bediensteten heraus gegeben. Die Löschung der Forderungen im Register in den USA ist auf einfachem Weg möglich. Nachdem auch die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident mit der Malta-Masche konfrontiert wurden, hat diplomatischer Druck Malta dazu bewegt, gegen die Anspruchssteller juristisch vorzugehen. Mit Antragsstellung beim maltesischen Gericht wird eine eidesstattliche Versicherung über das Bestehen der Ansprüche abgegeben, diese ist aber im Fall der Reichsbürger falsch und kann daher juristisch geahndet werden.

Umgang im privaten Umfeld

Im privaten Umfeld können Reichsbürger in verschiedener Form auftreten. Einerseits als Freunde oder Verwandte, die einen von den Argumenten überzeugen wollen, aber auch als streitsüchtige Nachbarn oder Gegner in einem Zivilprozess. Sogar bei Scheidungen soll schon das Argument vorgebracht worden sein, dass die geschlossene Ehe gar nicht gültig sei, weil die Unterschrift des Standesbeamten oder die Namen der Ehegatten nicht den formalen Vorstellungen der Reichsbürger entsprochen haben.

Im Freundeskreis kann der Versuch unternommen werden, angehende Reichsbürger von der Falschheit ihrer Theorien zu überzeugen. Wie viel Zeit und Energie dafür aufgewendet wird, kann jeder für sich entscheiden. Zu unterscheiden ist dabei zwischen der Ablehnung der Reichsbürgerideologie einerseits und der Person, die diese Ansichten vertritt. Der Person sollte signalisiert werden, dass ihr sie auch weiterhin als Freund schätzt, allerdings mit den vertretenen Ansichten nichts zu tun haben willt. Uns sind Fälle bekannt, bei denen der Versuch, einen Reichsbürger zu retten, bei der Hilfsperson selbst zu einem Abrutschen in das Reichsbürgertum geführt hat. Ein solcher Versuch sollte daher nur unternommen werden, wenn eine Supervision durch einen unbeteiligten Dritten vorhanden ist. Wenn ihr Euch beim Umgang mit dem Reichsbürger unwohl fühlt, solltet ihr den Kontakt lieber meiden.

Im familiären Umfeld ist die Lage schwieriger. Ein Kontaktabbruch ist hier oft nicht möglich oder gewollt. Andererseits kann das Verhalten des Reichsbürgers abhängige Familienmitglieder (Kinder oder Ehepartner zum Beispiel) mit in den Abgrund ziehen. Falls der Familienangehörige sich durch sein Reichsbürgertum in finanzielle oder rechtliche Schwierigkeiten bringt, ist über eine Betreuung nachzudenken. Diese kann beim für den Wohnort zuständigen Amtsgericht angeregt werden, jedoch sind die gesetzlichen Hürden für eine Betreuung sehr hoch gelegt. § 1896 BGB legt fest, dass die Bestellung eines Betreuers nur erfolgen darf, wenn der zu Betreuende in Folge von psychischer Krankheit,

geistiger, seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Eine Betreuung kommt somit erst in einem Spätstadium des Reichsbürgertums in Frage, wenn nämlich das Reichsbürgertum bereits in einen Wahn umgeschlagen ist. Zusätzlich ist zu beachten, dass eine Betreuung gegen den freien Willen des zu Betreuenden ausgeschlossen ist. Es müssen somit eine Krankheit und Krankheitseinsicht vorliegen oder die Krankheit soweit fortgeschritten sein, dass die Bildung eines freien Willens nicht mehr möglich ist.

Familienangehörige können versuchen, sich Hilfe bei einem Sektenausstiegstherapeuten zu holen. Viele Reichsbürgergruppen weisen eine hohe Ähnlichkeit zu Sekten auf, die Milieumanager können eine guruartige Stellung einnehmen. Aber auch hier sind die Einsicht und die Mitwirkung des Betroffenen notwendig. Wenn der Betroffene sein Scheitern erkennt, dann sollten die Familienangehörigen bereit sein, ihn wieder aufzunehmen. Davon abzuraten ist, den Reichsbürger bei seinen Eskapaden auch noch finanziell oder organisatorisch zu unterstützen. Eine sanft lenkende Einflussnahme wird nur in seltenen Fällen funktionieren.

Als letztes sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es in aller Regel einen konkreten Anlass für den Einstieg in die Reichsbürgerwelt gegeben hat. Neben dem Ausstieg aus der Reichsbürgerwelt ist auch dieser Anlass zu bearbeiten, weil sonst das nächste Abgleiten in eine Verschwörungstheorie zu befürchten ist. Ein häufiger Grund ist die finanzielle Ausweglosigkeit. Der Betroffene sollte zum Aufsuchen einer Schuldnerberatung ermuntert werden. Dank des Verbraucherinsolvenzverfahrens sind die wenigsten finanziellen Schief lagen heute aussichtslos. Eine weitere Ursache kann Einsamkeit sein. Oft haben sich intensive Freundschaften zu Personen aus dem Reichsbürgerumfeld aufgebaut. Diese müssen gelöst werden, da sonst ein Rückfall fast unvermeidlich ist. Dem Betroffenen muss ein alternatives Umfeld angeboten werden. Mit dem Wegfall der Beschäftigung mit Reichsbürgerthemen entsteht eine Leere, die es zu füllen

gilt. Soziale Ausgrenzung ist ein Faktor der Verschwörungsdiskussionen (Graeupner & Coman 2016). Problematisch ist die Beschäftigung mit dem Internet. YouTube und Facebook sind voll mit Verschwörungstheorien. Die Filter der sozialen Netzwerke werden sich an die Vorlieben des Nutzers erinnern und ihm oder ihr immer wieder Inhalte anbieten, die zu einem Rückfall führen können.

Ein letzter Hinweis. Macht eurem Freund oder Verwandten keine Vorwürfe oder bezeichnet ihn gar als dumm. Dies würde nur zu einer Abwehrhaltung führen, die das ohnehin schon schwierige Vorhaben noch weiter erschwert.

Es existieren von verschiedenen Initiativen Broschüren, die versuchen Wegweiser zu sein, wenn es darum geht, mit Menschen aus der rechtsextremen Szene zu argumentieren, von denen das Reichsbürgertum eine Untergruppe darstellt. Online kostenlos erhältlich ist beispielsweise die Broschüre „Mein Kind ist doch kein Nazi!“ der Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, in der speziell Tipps für Eltern gegeben werden, deren Kinder in die rechtsextreme Szene abgerutscht sind. Weitere Ratgeber speziell zum Umgang mit Jugendlichen finden sich unter anderem hier: www.rechtejugendliche-ratloseeltern.de/ratgeber-materialien/.

Wichtig ist, bei allen Versuchen, Menschen aus der Reichsbürgerszene heraus zu holen, auch die eigenen (psychischen) Grenzen zu wahren und die eigene Sicherheit nicht zu gefährden. Schließlich handelt es sich bei Reichsbürgern oft nicht um bunte Exoten, sondern um stark ideologisierte Rechtsextremisten. Aus diesem Grund kann es sinnvoll sein, direkte Beratung durch Initiativen, die sich auf das Thema Rechtsextremismus spezialisiert haben, in Anspruch zu nehmen. Dazu zählen beispielsweise die Aussteiger-Initiative EXIT Deutschland oder die in den verschiedenen Bundesländern angesiedelten mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus. Beratungs-

stellen, die sich speziell auf Reichsbürger spezialisiert haben, existieren aktuell noch nicht.

Wie gefährlich sind Reichsbürger?

Als letztes noch die Frage, welchen Gefahren ihr Euch beim Kontakt mit Reichsbürgern aussetzt. Laut dem Brandenburger Reichsbürger-Handbuch, Seite 83, sind Reichsbürger zwar verbal aggressiv, zeigen aber keine körperliche Fremdaggression. Diese Wertung können wir heute nicht mehr unterstützen. Spätestens nach den Todeschüssen von Georgensmünd dürfte klar sein, dass Reichsbürger sehr wohl fremdaggressiv sein können. Auch schon vorher gab es gewalttätige Übergriffe durch Reichsbürger. So schoss bereits Adrian Ursache bei der Zwangsräumung seines Hauses auf die eingesetzten Polizisten. Angehörige des Deutschen Polizeihilfswerks (DPHW)

Umgang im beruflichen Umfeld:

- Argumente ignorieren
- Unterstützung durch Behördenleitung
- Bei Behörden: Anfragen, ob Informationen von eigener Behörde bereit gestellt werden

Umgang im privaten Umfeld:

- Argumente insbesondere dann, wenn Ideologie noch nicht komplett gefestigt ist
- Kontaktabbruch wenn psychische Belastung zu hoch wird oder Gefahr körperlicher Bedrohung besteht
- Hilfe und Rat suchen bei entsprechenden Stellen

Hilfe und Rat gibt es bei:

- Sektenberatungsstellen (bspw. www.sekten-info-nrw.de)
- Sektenausstiegstherapeuten
- Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus (bspw. EXIT Deutschland, MBR Berlin)
- Der goldene Aluhut

Wichtig:

Eigene Grenzen sollten nicht überschritten werden. Der Umgang mit Reichsbürgern kann psychische und physische Grenzen überschreiten. Holen Sie sich Hilfe und Beratung.

haben mehrfach versucht Gerichtsvollzieher zu „verhaften“, einmal sogar mit Erfolg. In Kassel wurde eine Finanzbeamtin von Reichsbürgern am Wegfahren gehindert. Reichsbürger verfolgen Behördenmitarbeiter auch und belästigen sie dann zu Hause. Waffen und Sprengstoff wurden bereits bei Reichsbürgern gefunden.

Bei persönlichem Kontakt mit Reichsbürgern sollten alle als Waffe zu verwendenden Gegenstände aus der unmittelbaren Reichweite entfernt werden. Gespräche nur zu zweit durchführen, aus dem Büro sollte es einen zweiten Fluchtweg geben. Bei aggressivem Verhalten die Beendigung des Gespräches androhen und auch durchziehen. Bei Bedrohungslagen sofort die Polizei hinzuziehen. Falls der Reichsbürger bereits bekannt ist, so kann vorab Kontakt mit der Polizei gesucht werden. Im Zweifel den Reichsbürger vor Betreten des Gebäudes von der Polizei auf Waffen durchsuchen lassen. Auch bei persönlichen Kontakten an die Gefahr einer Gesprächsaufzeichnung denken. Es kann ein Handy in der Tasche sein oder eine Kugelschreiberkamera. Moderne Diktiergeräte sehen aus wie ein USB-Stick. Im Zweifel das Gespräch abbrechen und darauf hinweisen, dass du mit einer Aufzeichnung des Gespräches nicht einverstanden bist.

Neben der körperlichen Gefahren stellt der Kontakt mit Reichsbürgern auch eine nicht zu unterschätzende seelische Belastung dar. In Gesprächen mit Reichsbürgern sind massive Drohungen und Beleidigungen keine Seltenheit. Der gut ausgebildete Behördenmitarbeiter bekommt bei der wirren Argumentation des Reichsbürgers teilweise Zweifel an seinen Fähigkeiten. Diese Zweifel führen zu Unsicherheiten und Stress. Kontakt mit Reichsbürgern sollte im Team und mit den Vorgesetzten nachbearbeitet werden. Lasst keine Mitarbeitenden mit dem Thema alleine, holt euch fachliche und psychologische Unterstützung. Die Berufsgenossenschaften bieten Hilfe und Schulungen. Ein belastender Kontakt mit einem Reichsbürger kann bei entsprechender Intensität als psychischer Arbeitsunfall eingestuft werden.

Auch im privaten und familiären Umfeld solltet ihr an die Gefahren durch die psychische Belastung beim Umgang mit Reichsbürgern denken. Sprecht untereinander über die Situation, holt Euch Hilfe bei Selbsthilfegruppen für die Angehörigen von Sektenaussteigern oder falls nötig auch bei einem Psychotherapeuten.

Anlaufstellen und Quellen zur weiteren Recherche

Der Goldene Aluhut

Ein Projekt zur Aufklärung über Verschwörungstheorien. Hier könnt Ihr Euch mit Fragen und Anregungen rund um das Thema Reichsbürger und andere Verschwörungstheorien hinwenden. Auf der Facebookseite werden täglich wissenswerte und lustige Artikel rund um das Thema gepostet.

www.dergoldenealuhut.de

www.facebook.de/DerGoldeneAluhut/

Sonnenstaatland

Die Antikommissarische Reichsregierung. Ein Satire-Projekt, gegründet als Reaktion auf die Gründung des „Freien Deutschland“ durch Peter Frühwald, bietet mit Facebook-Seite, Forum und Wiki einen Überblick und viele aktuelle Informationen zum Thema Reichsbürger.

www.sonnenstaatland.com/

www.facebook.de/Sonnenstaatland/

KRR FAQ

Eine Zusammenstellung von Informationen über diverse Reichsregierungen und ihre Protagonisten.

www.krr-faq.net

Eisenfraß Blog

Ein Aufklärungsblog rund um Reichsbürger und ihre Theorien.

<https://eisenfrass.wordpress.com/>

Reichsbürger - ein Handbuch

Eine Aufklärungsbroschüre von demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung und dem Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg

www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger%20Ein%20Handbuch.pdf

Jan Rathje:

„Wir sind wieder da“ - Die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien

Eine kurze Broschüre zur Einführung in das Thema.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf

Gerhard Schumacher:

Vorwärts in die Vergangenheit! - Durchblick durch einige „reichsideologische“ Nebelwände

Ein umfassendes Buch, welches sich mit der Geschichte der Reichsbürgerbewegung und ihren Theorien befasst. Diese werden besprochen und mit einem ausführlichen Quellenverzeichnis widerlegt.

<http://buch.sonnenstaatland.com/>

Sebastian Hermann:

Starrköpfe überzeugen: Psychotricks für den Umgang mit Verschwörungstheoretikern, Fundamentalisten, Partnern und ihrem Chef

Rowohlt Taschenbuch Verlag 2013

Stefanie Rösch, Rainer Linsenmayr:

Vom Umgang mit schwierigen und gewaltbereiten Klienten - Strategien für mehr Sicherheit und Souveränität

BALANCE Buch + Medien Verlag

2. Auflage, 2017

Agnieszka Golec de Zavala, Mijde Peker, Rita Guerra, Tomasz Baran:

Collective Narcissism Predicts Hypersensitivity to In-group Insult and Direct and Indirect Retaliatory Intergroup Hostility

in: Personality 30 (2016), Seiten 532 bis 551

Jamie Bartlett:

Conspiracy theories are corroding our society

in: The Guardian 3. September 2010

www.theguardian.com/commentisfree/2010/sep/03/conspiracy-theories-corroding-society

Robert Brotherton, Silan Eser:

Bored to fears: Boredom proneness, paranoia and conspiracy theories

in: Personality and Individual Differences 80 (2015), Seiten 1 bis 5

Aleksandra Cichocka, Marta Marchlewska, Agnieszka Golec de Zavala:

Does self-love or self-hate predict conspiracy beliefs?

Narcissism, self-esteem and the endorsement of conspiracy theories

in: Social Psychological and Personality Science 7 (2016), Seiten 157 bis 166

Damaris Graeupner, Alin Coman:

The dark side of meaning-making: How social exclusion leads to superstitious thinking

in: Journal of Experimental Social Psychology 69 (2016), Seiten 218 bis 222

Leon Festinger, Henry Riecken, Stanley Schachter:

When Prophecy Fails: A Social and Psychological Study of a Modern Group That Predicted the Destruction of the World

University of Minnesota Press 1956

Leon Festinger gilt als Begründer der kognitiven Dissonanztheorie. Kognitive Dissonanz bezeichnet einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand, der dadurch entsteht, dass ein Mensch mehrere Kognitionen hat, die nicht miteinander vereinbar sind. In ihrem Werk befassen sich die Psychologen mit einer UFO-Sekte, deren Prophezeiungen fehlschlagen und wie sich diese missglückten Prophezeiungen auf die Gruppe als Ganzes auswirken.

Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus Mein Kind ist doch kein Nazi

www.mobit.org/Material/Broschuere_Mein%20Kind.pdf

EXIT Deutschland

Ausstiegshilfen für Menschen die mit dem Rechtsextremismus brechen und ein neues Leben aufbauen wollen

www.exit-deutschland.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

www.mbr-berlin.de



DER GOLDENE
ALUHUT

www.dergoldenealuhut.de